

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
der Stadt Lüdenscheid

am 24.09.2003

im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr August-Wilhelm Cordt CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Felice Bucci	CDU	Vertreter für Ratsherrn Weiß
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Ratsherr Evangelos Karavasilis	CDU	Vertreter für Ratsherrn Fröhling
Ratsherr Harald Metzger	SPD	
Ratsherr Hermann Morisse	Grüne	Vertreter für Ratsherrn Letzbor
Ratsherr Ulrich Siebensohn	CDU	
Ratsfrau Christa Stahlschmidt	SPD	Vertreter für Ratsherrn Groll ab 16.15 Uhr
Ratsfrau Elke Teipel	SPD	
Ratsherr Jens Voß	SPD	
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	Vertreter für Ratsherrn Pietzner bis 18.45 Uhr
Herr Martin Klute	LL	
Herr Michael Wülfrath	FDP	

Verwaltung:

Herr Hans-Jürgen Badziura
Herr Martin Bärwolf
Herr Hans Hutya
Frau Gabriele Kaschke
Herr Thomas Meilwes
Herr Rolf Mielke
Frau Heike Müller
Techn. Beigeordnete Marion Ziemann

Schriftführerin:

Frau Ulrike Spindler

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Oliver Fröhling	CDU
Ratsherr Carsten Groll	SPD
Ratsherr Wolfgang Letzbor	Grüne
Ratsherr Stefan Pietzner	CDU
Ratsherr Björn Weiß	CDU

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:24 Uhr

1. **Öffentliche Fragestunde**

entfällt

2. **Aussprache über die Ortsbesichtigung im Stadtpark**

Bezugnehmend auf die Erläuterungen im Stadtpark stellt Herr Badziura zunächst fest, dass aufgrund der neuen Rechtsprechung deutlich höhere Anforderungen an die Verkehrssicherheit gestellt werden. Als Kompromiss zwischen Sicherheit und Kostenaufwand werde deshalb angeregt, nur den großen Rundweg im Stadtpark als zentralen Wanderweg zu kennzeichnen.

Hinsichtlich der durchzuführenden Durchforstungsmaßnahmen verweist Herr Badziura auf die Erläuterungen durch Herrn Teuber anlässlich der Ortsbesichtigung und erklärt, dass diese noch in diesem Jahr vorgenommen werden sollen.

Im einzelnen führt Herr Badziura zum Thema „Forstflächen der Stadt Lüdenscheid“, folgendes aus:

Die städtischen Forsten erfüllen ökologische Funktionen, dienen Erholungszwecken und stellen einen Wirtschaftsfaktor dar. Ihre Gesamtfläche beträgt insgesamt ca. 488 ha, wovon ca. 24 ha Fläche auf den Stadtpark entfallen.

Das potentielle Zurücknehmen des Waldes im Bereich privater Grundstücksflächen würde erhebliche Kosten verursachen. In Anbetracht dessen schlägt Herr Badziura vor, dass pragmatische Einzelfalllösungen gefunden werden müssen. In kritischen Einzelfällen sollten die betreffenden Bäume zunächst gekennzeichnet werden und dann im Rahmen einer Ortsbesichtigung den Ausschussmitgliedern vorgestellt werden.

Vorsitzender Cordt unterstützt diese Vorgehensweise. Zum Thema Waldabstand und der damit verbundenen Problematik mit einzelnen Grundstückseigentümern wird eine pragmatische Vorgehensweise der Verwaltung durch den Ausschuss unterstützt.

3. **Bebauungsplan Nr. 645 "Hohfuhstraße/Carl-Berg-Weg", 1. Änderung
hier: Auslegungsbeschluss
Vorlage: 241/2003**

Ohne Diskussion fasst der Planungs- und Umweltausschuss folgenden

Beschluss:

I. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 645 „Hohfuhstraße/Carl-Berg-

Weg“, 1. Änderung wird gebilligt und ist gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141), geändert durch Artikel 12 des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz vom 27.07.2001 (BGBl. I S. 1950) mit der Begründung auf die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen:
Enthaltungen:

4. **Bebauungsplan Nr. 564 "Niemöller Straße", Teilaufhebung
Hier: Auslegungsbeschluss
Vorlage: 277/2003**

Ohne Diskussion fasst der Planungs- und Umweltausschuss folgenden

Beschluss:

Der Entwurf zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes 564 „Niemöller Straße“ wird gebilligt und ist gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141), geändert durch Artikel 12 des Gesetzes zur Umsetzung der UVP- Änderungsrichtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz vom 27.07.2001 (BGBl. I S. 1950) mit der Begründung für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen:
Enthaltungen:

5. **Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte**

5.1. **Höhenentwicklung von Windenergieanlagen**

Zur Problematik der Höhenentwicklung von Windenergieanlagen gibt Herr Meilwes eine Erläuterung anhand von Folien. Im einzelnen geht er auf die Entwicklung der Anlagen aus historischer, technischer und planerischer Sicht und ihre ökologischen und visuellen Auswirkungen ein.

Bezugnehmend auf die im Flächennutzungsplan dargestellten Standorte von Windenergieanlagen erläutert Herr Meilwes anhand von Fotomontagen, wie sich eine zweite Windkraftanlage am Leisberg und eine Anlage in Oberbrüninghausen auf das Landschaftsbild auswirken würden. Herr Meilwes spricht als Empfehlung

hierzu aus, dass

- a) für den Standort Leisberg
sich eine Höhenbegrenzung an der Höhe der bestehenden Anlage von ca. 90 m orientieren sollte u n d
- b) für den Standort Oberbrüninghausen
aus Gründen des Landschaftsbildes eine Höhenbegrenzung von ca. 100 m erfolgen sollte.

In der sich anschließend Diskussion wird seitens des Ausschusses dieser Vorgehensweise zugestimmt.

5.2. **Radweg an der Brunscheider Straße**

Herr Hutya stellt die Planung für einen provisorischen Fuß- und Radweg zwischen der Kreuzung OBI und der Einmündung Timberg vor, der Teil einer künftigen durchgehenden Radwegeverbindung zwischen Lüdenscheid und Rosmart werden soll.

Der geplante Weg soll zwischen Gewerbefläche und Straßenböschung in einer Breite von 1,6 m verlaufen, so dass keine Leitungen verlegt werden müssten und das straßenbegleitende Buschwerk erhalten bleiben könne. Damit entstehe eine in die Örtlichkeit integrierte kostengünstige Lösung mit dem Nachteil eines nur kurzen steilen Abschnittes.

Die Planung könne im kommenden Frühjahr nach Abstimmung mit dem Baulastträger der Landstraße realisiert werden. Besonders im Bereich zwischen Dreve und OBI werde die Fortsetzung der Wegeverbindung allerdings topographisch schwieriger und damit teurer.

Nach kurzer Diskussion wird seitens des Ausschusses bei einer Stimmenthaltung die Auffassung vertreten, dass die Planung so akzeptiert werden kann.

6. **Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

6.1. **Funkturm Lange Sicht**

Bezugnehmend auf den Funkturm Lange Sicht gibt Frau Müller bekannt, dass Beschwerden von Anliegern vorliegen, die sich durch die Beleuchtung des Turmes beeinträchtigt fühlen. Es sei für den 26.09.03 mit dem Lichtplaner und den Leuchtenherstellern ein Ortstermin vorgesehen, um mögliche negative Auswirkungen im Gespräch mit den Anwohnern beheben zu können.

Frau Ziemann bittet die anwesenden Vertreter der Presse um einen entsprechenden Hinweis in den Tageszeitungen.

6.2. **Beantwortung von Anfragen**

entfällt

6.3. **Anfragen**

6.3.1. **Neuordnung des Bahngeländes Brügge**

Zum Thema Holzverladung auf dem Gelände des Bahnhofes Brügge bittet Herr Grüber dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen der Neuordnung des Bahngeländes eine ausreichende Fläche für die Holzlagerung zur Verfügung gestellt wird.

In diesem Zusammenhang bittet Ratsfrau Stahlschmidt, eine turnusmäßige Reinigung dieser Flächen zu gewährleisten.

Seitens der Verwaltung wird eine entsprechende Prüfung zugesagt.

Vorsitzender

Schriftführer